BMI

Verwaltungsdigitalisierung als zentrale Herausforderung

[09.01.2019] Bei der Digitalisierung der Verwaltung handelt es sich um eine zentrale Herausforderung der kommenden Jahre. Das betonte Bundesinnenminister Horst Seehofer anlässlich der Jahrestagung von dbb beamtenbund und tarifunion.

Die Digitalisierung muss noch besser für die Arbeit des öffentlichen Dienstes nutzbar gemacht werden. Darauf machte Bundesinnenminister Horst Seehofer, vertreten durch den Parlamentarischen Staatssekretär Stephan Mayer, anlässlich der Jahrestagung von dbb beamtenbund und tarifunion (6. bis 8. Januar 2019, Köln) aufmerksam. Dies betreffe zum einen die Abläufe innerhalb der Behörden wie zum Beispiel die E-Akte, die E-Rechnung und die E-Gesetzgebung. Zum anderen bieten sich aber auch viele neue Möglichkeiten für die Kommunikation mit und den Service für die Bürger, heißt es in einer Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) weiter. „Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine zentrale Herausforderung der kommenden Jahre“, betont demnach Bundesinnenminister Seehofer. „Wir setzen das Onlinezugangsgesetz konsequent um, damit Behördengänge anders als in der Vergangenheit schnell und unkompliziert im Internet erledigt werden können. Wir wollen 575 Verwaltungsdienstleistungen digitalisieren und gehen dies mit Ländern, Kommunen und Nutzern in Digitalisierungslaboren arbeitsteilig und innovativ an. Und wir schaffen einen Portalverbund als Plattform für unsere digitalen Leistungen. Dafür werden die Portale von Bund und Ländern verknüpft, sodass die Menschen in unserem föderalen Land die digitalen Verwaltungsleistungen aller Ebenen leicht finden und nutzen können.“

(ve)

Stichwörter: Politik, Bundesministerium des Innern, dbb beamtenbund und tarifunion, für Bau und Heimat (BMI), Horst Seehofer, OZG